

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d

Inhalt

Klaus Hänsch MdEP, Obmann der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, formuliert Straßburger Erwartungen an Reagan: Richtschnur Friedenssicherung.
Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, verurteilt die drohende Vernichtung von 2.500 Arbeitsplätzen: Der Grundig-Konzern wird ausgeschlachtet.
Seite 3

Dr. Helga Timm MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, warnt vor einer Demontage der UNESCO: Die Welt wäre ärmer. Seite 4

Roland Röscheisen, Internationaler Sekretär der Jungsozialisten, plädiert für Städtepartnerschaften mit Nicaragua: Konkrete Hilfe mit wenig Geld. Seite 5

40. Jahrgang / 35

20. Februar 1985

Straßburger Erwartung an Reagan

Die Lehren der Geschichte für die Politik der Friedenssicherung nutzen

Von Klaus Hänsch MdEP

Obmann der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Am 8. Mai hätte Italiens Staatspräsident Pertini vor dem Europäischen Parlament reden sollen. Nicht Ronald Reagan, sondern christdemokratisches Ränkespiel und italienische Beweglichkeit haben das verhindert. Den Europa-Christen paßte der Sozialist Pertini nicht. Im Quirinal zierte man sich, den Repräsentanten einer ja immerhin auch mit dem Faschismus verquickten und geschlagenen Macht am Jahrestag der deutschen Kapitulation auftreten zu lassen, und wollte lieber am 9. Mai, dem 35. Jahrestag der Erklärung Robert Schumans sprechen. Daß Pertini nun nicht als "Subdiakon" eines anderen sprechen möchte, ist verständlich. So wurde die Chance vertan, die Verstrickung eines ganzen Volkes in den Faschismus und der Widerstand eines einzelnen dagegen, Sieg und Niederlage, Überwindung des Nationalismus und Aufbau einer neuen Friedensordnung im Westen Europas in einer Person sinnfällig zu machen: dem Repräsentanten des italienischen Staates und Präsidenten des Europäischen Rates, dem Demokraten und Widerständler Pertini. Schade.

Nun spricht US-Präsident Ronald Reagan am 8. Mai vor dem Europäischen Parlament. Weißes Haus und Statedepartment

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Frankfurt am Main
mit dem Namen Robert Mitter
des alten Pappe



beobachten das Geschehen im Europäischen Parlament offensichtlich aufmerksamer als manche europäische Regierung es tut. Sie haben die Lücke gefunden und den amerikanischen Präsidenten einladen lassen. In der Tat: Nachdem die peinliche Phantasielosigkeit der Bundesregierung den 8. Mai in Würdelosigkeit verkommen läßt, konnte er in Europa ein angemesseneres Forum als das Straßburger Parlament nicht finden.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird den amerikanischen Präsidenten am 8. Mai willkommen heißen. Damit nehmen wir nichts von unserer Kritik an der aktuellen amerikanischen Politik zurück. Die neue Aufrüstungsrunde im Welt- raum wird weiter unseren Widerstand finden wie die Ausbeutung der Dritten Welt durch Defizit- und Hochzinspolitik. Wir werden weiter eine besonnenere Politik in Latein- amerika fordern und eine Versächtlichung des Umgangs mit der anderen Supermacht. Reagans Politik wird nicht die unsere werden. Und jeder Form von Versallentum, sei es eines einzelnen europäischen Landes oder der Europäischen Gemeinschaft insge- samt, werden wir weiter entgegentreten.

In Straßburg, an dem Ort also, der wie kaum ein zweiter europäischer Vergangenheit und Zukunft repräsentiert, an dem deutlich wird, daß Europas Völker bereit und fähig waren, Lehren aus ihrer jüngeren Geschichte zu ziehen, spricht nur mit Ronald Reagan der gewählte Repräsentant jenes Volkes, aus dem Zehntausende junger Menschen Leben und Gesundheit geopfert haben, um die Völker im Westen Europas von Fremdherr- schaft, Diktatur und Verfolgung zu befreien und den Hitler-Faschismus in Deutsch- land zu ersticken. Er ist uns willkommen als Repräsentant eines Volkes, das sicher- lich nicht als einziges, aber eben auch seinen Blutzoll entrichtet und danach seine Hilfe gewährt hat, damit es den Westeuropäern überhaupt möglich wurde, diese Lehren aus ihrer Geschichte zu ziehen: In einer Europäischen Gemeinschaft durch immer enge- re Zusammenarbeit der Völker Krieg zwischen ihnen für immer auszuschließen. Nicht die Form, aber das Prinzip ist auch heute noch die Richtschnur für eine Politik der Friedenssicherung mit den Völkern im Osten unseres Kontinents. Wenn Ronald Reagan am 8. Mai auch dies ausdrückt, sagen wir: Doppelt willkommen.

(-/20.2.1985/vo-he/rs)

+

+

+



Der Grundig-Konzern wird ausgeschlachtet

Skandalöse Arbeitsplatzvernichtung in Nürnberg und Fürth

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Es handelt sich um keine Arbeitsplätze auf den Werften und um keine im Kohle- und Stahlbereich. Es geht "nur" um die Berufschancen von 2.500 Grundig-Mitarbeitern in Nürnberg und Fürth.

Diesen Beschäftigten ist die öffentliche Anteilnahme leider nicht sicher, wenn ihre Entlassung ansteht. Und auch die bayerische Staatsregierung findet den Vorgang zwar bedrückend, sieht sich jedoch außerstande, "unvermeidbare Anpassungsprozesse in der Wirtschaft" behindern zu sollen. Mit anderen Worten: Da kommt für 2.500 Arbeitnehmer das Aus und keiner fühlt sich zuständig. Auf ähnlich lautlose Art sind in der Industrieregion Nürnberg-Fürth innerhalb eines Jahrzehnts an die 25.000 Arbeitsplätze vernichtet worden.

Zugegeben, der alternde Konzernherr Max Grundig hatte sein Unternehmen, ehe er Kasse machte, zuschanden geritten. Mit einer verwirrenden Typenvielfalt, mit geradezu abenteuervollen betrieblichen Berichtssystemen und anderen Anachronismen war der Elektronik-Unterhaltungskonzern in die roten Zahlen geschlittert. Die Betriebsräte hatten schon vor drei Jahren Alarm geschlagen und einen grundlegenden Wandel in der Produktpolitik des Unternehmens gefordert. Es half nichts. Der Elektronik-Riese ging seinen bitteren Gang ins Abseits. Sterbehilfe leistete der holländische Multi Philipps. Für ein Butterbrot erstand er die Grundig-Werke. Angeblich wissend, welch faules Ei er sich damit eingehandelt hatte.

In die vierte Vorstandsetage zog ein neuer Wind und ein neuer Vorstandsvorsitzender namens Hermanus Koning. Es dauerte nicht lange, bis der die neuen "Rahmendaten" setzte. Radikale Personalabspeckung bis hin zur Existenzgefährdung des Konzerns war fortan die Parole. Zwar sei das alles "entsetzlich", wusch sich der neue Stadthalter seine Hände in Unschuld, aber unvermeidbar sei es eben auch.

SPD-Parlamentarier aus Bund, Land und der betroffenen Gemeinden eilten zur Rettungsaktion. Die beabsichtigte Massenvernichtung von Arbeitsplätzen schien ihnen der un-intelligenteste Ausweg aus der Krise zu sein. Die Hereinnahme neuer Produkte (etwa auf dem Sektor der Umwelt-Technologie), und das Akzeptieren zeitweiliger Kurzarbeitphasen anstelle von Massenentlassungen schien ihnen die vernünftiger Alternative zu sein. Notfalls, so meinten die Politiker, müsse der Staat mit seinen finanziellen Möglichkeiten dem bedrängten Konzern beispringen.

Die Parlamentarier kamen beim Vorstandsvorsitzenden Hermanus Koning an die falsche Adresse. Der holländische "Gesundschumpfer" versuchte gar nicht erst, aufgezeichneten Alternativen nachzugehen. Staatliche Überlebenshilfe brauche man nicht, weil sie ohnehin keine Perspektive eröffne. Damit wurde sonnenklar, was der niederländische Multi im Sinn führte, als er sich den schlingernenden Konzern Max Grundigs einverleibte: Es gilt, einen lästigen Mitbewerber auszuschalten und gleichzeitig seinen Vertriebsapparat zu übernehmen. Wie sich zeigt, scheint nicht einmal das Know how der Fürther für die Hermanus Koning von sonderlichem Interesse zu sein.

Die Massenentlassung der 2.500 Arbeitnehmer ist beantragt. Wenn nicht alles trügt, wird sie lautlos über die Bühne gehen. Allenfalls wird Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann öffentlich ein paar Krokodilstränen vergießen und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit wird in seiner nächsten Bilanz des Arbeitsmarktes verkünden, daß wieder einmal das kalte Wetter zugeschlagen habe.

Ist das wirklich alles? Wenn ja, wäre es eine Bankrotterklärung unseres Wirtschaftssystems. Natürlich ist es nicht neu, daß clevere Manager da Beute zu machen versuchen, wo starrsinnige Industrie-Tycoone für sich und ihr Lebenswerk die Zeit gründlich verschlafen haben. Neu ist die Unverfrorenheit, mit der Bayerns Staatsregierung den Deal der Niederländer abzusegnen bereit ist.

(-/20.2.1985/vo-he/rs)

Die Welt wäre ärmer ohne die UNESCO

Vor der Demontage dieser UN-Sonderorganisation kann nicht
eindringlich genug gewarnt werden

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland in die UNESCO war 1951 ein wichtiger Schritt auf die Bühne der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Was immer heute an dieser für Entwicklung, Wissenschaft und Kultur zuständigen Sonderorganisation der Vereinten Nationen anzusehen ist - eines darf nicht vergessen werden: Sie war eine offene Tür, die uns wieder in die Völkergemeinschaft führte.

Inzwischen ist die Bundesrepublik Deutschland viertgrößter Beitragszahler der UNESCO. Sie ist in allen ihren wichtigen Organen vertreten und gehört zu Ihren aktivsten Mitgliedern.

Daß die UNESCO in den fast 40 Jahren ihres Bestehens nicht mehr die Organisation ist, die sich vorrangig um die Rettung der Tempel von Abu Simbel und der Kunstschätze von Florenz gekümmert hat, ist nur der Ausdruck des Wandels in den Vereinten Nationen insgesamt und in den Beziehungen der internationalen Staatenwelt. Die UNESCO als Teil der Vereinten Nationen konnte nicht davon unberührt bleiben, daß die Dritte Welt heute eine Zweidrittel-Mehrheit stellt und daß der Nord-Süd-Dialog eine zentrale Aufgabe der internationalen Politik geworden ist.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich die UNESCO mit Fragen der Erziehung in der Dritten Welt zu befassen hatte, mit der Monopolisierung des internationalen Nachrichtenwesens durch einige wenige Presseagenturen aus westlichen und östlichen Industrieländern, mit der Behauptung und Wiedergewinnung eigenständiger kultureller Grundlagen in den Entwicklungsländern gegen den Ansturm westlicher und östlicher Zivilisationen und Ideologien.

Wer der UNESCO "Politisierung" vorwirft, steckt entweder vor diesen Tatsachen den Kopf in den Sand oder - was wahrscheinlicher ist - betreibt selbst Politik, wenn er ein so wichtiges Forum für den Dialog zwischen Nord und Süd zu demontieren sucht. Kritik an der Effizienz der UNESCO, an nicht ausreichend qualifizierten, aber von den Mitgliedstaaten "durchgedrückten" Mitarbeitern, möglicherweise auch am Führungsstil des Mannes an der Spitze mag berechtigt sein, aber man ändert nichts, wenn man die UNESCO boykottiert und ihr das Geld entzieht.

Die Welt wäre ärmer ohne die UNESCO. Die Bundesregierung muß sie gegen unsachliche Angriffe in Schutz nehmen. Sie muß die USA und Großbritannien auffordern, die Mitarbeit in der UNESCO wieder aufzunehmen oder fortzusetzen. Wenn die Arbeit der Organisation verbessert werden muß, bedarf es auch eines aktiven Beitrags der Bundesregierung. Vor der Demontage der UNESCO kann nicht eindringlich genug gewarnt werden.
(-/20.2.1985/vo-ha/rs)

+ + +



Konkrete Hilfe mit wenig Geld

Ein Plädoyer für Städtepartnerschaften mit Nicaragua

Von Roland Röscheisen

Internationaler Sekretär der Jungsozialisten

Städtepartnerschaften mit einer Stadt aus Nicaragua können in der Bundesrepublik ein wichtiger Beitrag sein, um zum einen die konkreten Bedingungen und Verhältnisse des Landes einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln und zum zweiten aus einer breiteren Öffentlichkeit und der jeweiligen Stadt Unterstützung und Entwicklungsprojekte für Nicaragua zu mobilisieren.

Nicaragua ist ein Land in der Dritten Welt, das seit 1979, dem Sieg der Revolution, versucht, seinen eigenen Weg zu gehen. Nicht mehr die Oberschicht, vielmehr die arme Bevölkerungsmehrheit steht nun im Mittelpunkt des politischen Interesses der Regierung.

Diese Entwicklung wird von der konservativen Regierung Reagan nicht gern gesehen. Die gegenwärtige US-Regierung versucht vielmehr mit allen Mitteln die Entwicklung in Nicaragua zu hintertreiben. Die konservative Bundesregierung hat die Entwicklungshilfe für Nicaragua gestoppt, obwohl alle dort tätigen Hilfswerke wie Terre des Hommes und Brot für die Welt dort optimale Bedingungen für ihre Arbeit vorfinden.

Die Unterstützung für Nicaragua ist deshalb eine klare Entscheidung für eine Entwicklungspolitik zur Erfüllung der Grundbedürfnisse, und eine klare Gegenposition zur Entwicklungspolitik der CDU/CSU. Unsere Hilfe soll nicht nur ein barmherziges Pflasterchen sein wie die Aktionen der CDU in Baden-Württemberg. Unsere Arbeit soll eine klare Unterstützung der Hilfe zur Selbsthilfe sein. Dieser Ansatz findet optimale Unterstützung durch politische Rahmenbedingungen in Nicaragua, wo heute die Grundbedürfnisbefriedigung der armen Bevölkerung vorrangig ist.

Es liegt auf der Hand, daß diese Städtepartnerschaften über den sonstigen Honoratiorenaustausch hinausgehen. Rein schon die Entfernung verbietet es, daß Delegationen des Stadtrats sich zu häufigen Besuchen die Hand schütteln. Im Vordergrund sollen vielmehr die Vermittlung der nicaraguanischen Realität und die Unterstützung mit konkreten Projekten vor Ort stehen. Für die Menschen in der Partnerstadt hier können die Projekte dann auch leichter nachvollzogen werden, da ein direkter Zusammenhang besteht. Denkbar ist auch ein kultureller Austausch. So hatte beispielsweise die kleine hessische Stadt Dietzenbach, die als erste deutsche Gemeinde eine solche Zusammenarbeit mit Masaya aufgenommen hat, bereits eine nicaraguanische Musikgruppe zu Besuch und eine Wand des Kindergartens wurde von einem nicaraguanischen Maler im Stil der nicaraguanischen Bauernmalerei bemalt.

In Zusammenarbeit der Stadt mit Initiativen vor Ort liegen eine Vielzahl von Möglichkeiten; es können vor allem auch die städtischen Ressourcen genützt werden,



dies geht von der Stellung von Räumen von Ausstellungen bis hin zu einem regelmäßigen Etat im städtischen Haushalt, durch den kleinere Projekte unterstützt werden können. Wichtig ist dabei allerdings, daß hierbei keine "Entwicklungsruinen" in die Landschaft gesetzt werden, die dann Folgekosten verursachen, die nicht mehr bezahlt werden können.

Beispielhaft ist der Ort Dietzenbach, wo der dortige Verein Monimbo eine Reihe von Projekten unterstützt und aus der Stadt pro Jahr etwa 20.000 Mark beigesteuert werden. Als erste deutsche Großstadt hat inzwischen die Stadt Nürnberg offiziell eine Städtepartnerschaft mit San Carlos und Region getroffen. Dort denkt man in erster Linie Projekte von erfahrenen Hilfsorganisationen wie Terre des Hommes und Medico International zu unterstützen, die dort tätig sind. Chancen ergeben sich aber auch aus den städtischen Einrichtungen. So denkt man etwa daran, die Ausbildungskapazitäten des Krankenhauses mit zu nutzen, chirurgische Geräte, die nicht mehr unbedingt gebraucht werden oder auch Medikamente zur Verfügung zu stellen.

Diese Ansätze von Städtepartnerschaften sind ein Weg "Entwicklungshilfe zum Anfassen" zu praktizieren. Auch ist nach einigen Jahren nachzuvollziehen, was aus den gespendeten Geldern geworden ist. Politisch ist diese konkrete Entwicklungshilfe für Nicaragua wichtig, nachdem die konservative Bundesregierung die Hilfsgelder gesperrt hat, obwohl in Nicaragua sehr positive Voraussetzungen für sinnvolle Entwicklungsprojekte bestehen.

Mit relativ wenig Geld kann in Nicaragua konkrete Hilfe im Sinne der Grundbedürfnisstrategie geleistet werden, können auch kleine Entwicklungsprojekte durchgeführt werden, die wirklich der armen Bevölkerungsmehrheit zugute kommen.

(-/20.2.1985/vo-he/rs)

+ + +

